

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT

FRÜHLINGSSESSION 2018

26. Februar – 16. März 2018

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Die Frühjahrsession 2018 wurde dominiert vom Thema Service Public, in Zusammenhang mit der Abstimmung über die No-Billag-Initiative und dem Postautoskandal. Weiter nahmen die Diskussionen rund um die Möglichkeiten zur Überwachung durch Sozialdetektive viel Raum ein.

Zentrale Geschäfte waren zudem die Totalrevision des Gesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen (GUMG) sowie die Reform der Ergänzungsleistungen (EL). Es wurden fünf neue Nationalrätinnen und Nationalräte vereidigt: Brigitte Crottaz (VD) und Fabian Molina (ZH) für die SP, Benjamin Roduit (VS) und Nicolo Paganini (SG) für die CVP sowie der Grüne Michael Töngi (LU). Sie ersetzen Jean Christophe Schwaab (SP/VD), Yannick Buttet (CVP/VS), Jakob Büchler (CVP/SG), Louis Schelbert (GP/LU) und Tim Guldemann (SP/ZH).

Im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung wurden in der Frühlingssession keine Vorstösse von nennenswerter Bedeutung behandelt. Neu eingereichte Vorstösse betrafen die Ausarbeitung eines neuen Modells zur dauerhaften Finanzierung des Angebotes an familien- und schulergänzenden Betreuungsplätzen, das die Kosten für die Eltern senken soll sowie eine Bestandesaufnahme der Jobsharing-Situation in der Bundesverwaltung sowie in Exekutivämtern.

2 WICHTIGE BEHANDELTE VORSTÖSSE

An den Bundesrat überwiesen

--

Gesetzesvorlage verabschiedet

--

An Zweitrat

[17.3860](#) Motion Isidor Baumann (CVP/UR): Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung

Differenzbereinigung

--

Zuweisung an die Kommission zur Prüfung

--

Erledigte, zurückgezogene oder abgeschriebene Geschäfte

[17.1097](#) Anfrage Silva Schenker SP/BS: Wann kommen die Angaben über den Umfang und die Bedeutung der Grosselternarbeit?

[16.4059](#) Motion Jacques-André Maire (SP/NE): Familienbesteuerung. Ungleichbehandlungen beseitigen

Fragestunde

[18.5141](#) Viola Amherd CVP/VS: Umsetzung der Kinderrechtskonvention. Uno-Empfehlungen an die Schweiz
Frau Amherd erkundigt sich nach der Umsetzung der Empfehlungen aus der zweiten Überprüfung der Umsetzung der Uno-Kinderrechtskonvention. Der Bundesrat antwortet, dass zurzeit eine interdepartementale Arbeitsgruppe unter Einbezug der Kantone daran sei, die Empfehlungen zu prüfen und umzusetzen. Der Bundesrat wird über die Massnahmen sowie die Umsetzungsstrategie dieser Empfehlungen bis Ende 2018 befinden.

3 AUSZUG NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE

[18.3257](#) Postulat Nadine Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Mehr familienergänzende Betreuungsplätze dank geteilter Finanzierung

Der Bundesrat wird aufgefordert zu prüfen, ob zur dauerhaften Finanzierung eines bedarfsgerechten Angebotes an familien- und schulergänzenden Betreuungsplätzen ein Modell mit folgenden Eckpfeilern ausgearbeitet werden kann:

Jedes Kind, dessen Eltern aufgrund von Erwerbsarbeit, ausgewiesener Freiwilligenarbeit oder Ausbildung /Weiterbildung die Betreuung nicht selber sicherstellen können, hat bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit Anrecht auf einen Betreuungsgutschein. Dieser deckt mindestens zwei Drittel der Vollkosten eines vom Kanton anerkannten Betreuungsplatzes. Gemeinden, Kantone, Bund und Unternehmen mit mehr als 250 Angestellten sind gemeinsam verantwortlich, dass genügend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen und finanziert werden.

[18.3256](#) Interpellation Irène Kälin GP/AG: Jobsharing in Kaderfunktionen und politischen Exekutivämtern

1. Wie sieht die Jobsharing-Situation in der Bundesverwaltung aktuell aus?
2. Gibt es die Möglichkeit Pensumsprozente bis zu einem gewissen Anstellungsrad zu reduzieren? Um wie viel Prozent? Nehmen die Mitarbeitenden diese Möglichkeit wahr?
3. Wie viele Frauen, wie viele Männer arbeiten in der Bundesverwaltung aktuell in einem Jobsharing-Verhältnis? Wie viele davon in Kaderpositionen?
4. Hat sich der Bundesrat bereits Gedanken gemacht zu neuen Exekutivmodellen, beispielsweise Jobsharing in Exekutivämtern (Exekutivsharing)? Wenn ja, wie steht er solchen Modellen gegenüber?
5. Könnte er sich das Exekutivsharing auch für die Bundesexekutive vorstellen? Oder für Richter_innen?

4 RELEVANTE GESCHÄFTE IN DEN KOMMISSIONEN

WBK-N	12./13. April	17.497 Pa.Iv. WBK-N. Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes
WBK-N	12./13. April	Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 12.3206 Feri Yvonne vom 15. März 2012: Früherkennung innerfamiliärer Gewalt bei Kindern durch Gesundheitsfachpersonen
WBK-S	19./20. April	17.412 Pa.Iv. Aebischer Matthias. Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
WBK-N	24./25. Mai	17.497 Pa. Iv. WBK-N: Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogrammes des Bundes

**5 PENDENTE UND NEU EINGEREICHTE
VORSTÖSSE**
Hinweise

- In der Frühlingssession 2018 neu eingereichte Vorstösse sind in kursiver Schrift aufgeführt.
 - Diese stehen teilweise erst in Französisch oder Italienisch zur Verfügung.
-
- [18.3257](#) *Postulat Nadine Masshardt SP/BE: Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Mehr familienergänzende Betreuungsplätze dank geteilter Finanzierung*
 - [18.3256](#) *Interpellation Irène Kälin GP/AG: Jobsharing in Kaderfunktionen und politischen Exekutivämtern*
 - [18.3255](#) *Interpellation Irène Kälin GP/AG: Ersatz für Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier bei Mutterschaft/Vaterschaft und längerer Krankheit*
 - [18.3103](#) *Postulat Nadine Masshardt SP/BE: Kinder-Gutschrift statt Kinder-Abzug bei den Steuern*
 - [17.1097](#) Anfrage Silva Schenker SP/BS: Wann kommen die Angaben über den Umfang und die Bedeutung der Grosselternarbeit?
(Erledigt 14.02.2018)
 - [17.3500](#) Postulat Mathias Reynard (SP/VS): Chancengerechtigkeit. Welchen Einfluss hat das Schulsystem?
 - [17.3553](#) Postulat Erich von Siebenthal (SVP/BE): Unzulässige Verschreibung von Neuroleptika an Kinder
 - [17.412](#) Parlamentarische Initiative Matthias Aebischer (SP/BE): Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter
(Initiative wird Folge gegeben, 12.01.2018)
 - [17.3091](#) Postulat Yvonne Feri (SP/SG): Bericht über die Notwendigkeit, Nutzbarkeit, Finanzierung von Familienzentren
 - [16.4059](#) Motion Jacques-André Maire (SP/NE): Familienbesteuerung. Ungleichbehandlungen beseitigen
(Zurückgezogen, 15.02.2018)
 - [16.3804](#) Postulat Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH): Bedarfsabhängige Kinderzulagen als gezielte Massnahme zur Bekämpfung der Familienarmut
 - [16.3589](#) Postulat Regula Rytz (GP/BE): Bericht über die Diskriminierung von Eltern im Arbeitsmarkt und Aktionsplan als Gegenstrategie
 - [13.478](#) Parlamentarische Initiative Marco Romano (CVP/TI): Einführung einer Adoptionsentschädigung
(Fristverlängerung bis Sommersession 2019)
 - [15.434](#) Parlamentarische Initiative (Kessler) Thomas Weibel (GLP/ZH): Mutterschaftsurlaub für hinterbliebene Väter
(in Kommission SGK)
 - [17.3860](#) Motion Isidor Baumann (CVP/UR): Familienzulagen. Für eine faire Lastenverteilung
(Ständerat Annahme, 15.03.2018)
 - [17.497](#) Pa. Iv. WBK-N: Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung. Verlängerung des Impulsprogrammes des Bundes
(WBK-S Zustimmung, 19.01.2018)